

25. Mai 2023

PRESSEMITTEILUNG

Pflegereform: Bundesländer geben auf dem Weg in die Versorgungskatastrophe Vollgas

Im Vorfeld der letzten parlamentarischen Beratungen zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz kritisiert der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) die Pläne des Bundesrats, private Anbieter in der Altenpflege stärker zu regulieren. Mit ihrem Pflege-Sozialismus gefährden die Länder die Versorgung, warnt AGVP-Präsident Thomas Greiner:

„Die Bundesländer haben die Aufgabe, eine ausreichende Zahl an Heimplätzen zu garantieren und die Investitionskosten zu übernehmen. Aber statt endlich ihren Job zu machen, damit alle Pflegebedürftigen gut versorgt und untergebracht werden können, werfen sie den Heimen weitere Knüppel zwischen die Beine.

Die Kennzeichnungspflicht privater Pflegeeinrichtungen, ein Register zur Offenlegung nachgelagerter Inhaberstrukturen – die Vorschläge der Länder zur Pflegereform schaffen nicht einen zusätzlichen Heimplatz. Im Gegenteil: Mit ihrem Pflege-Sozialismus setzen die Länder die Existenz tausender privater Heime aufs Spiel, die für viele Hochbetagte ihr neues Zuhause geworden sind. Deshalb sollte der Bundestag diese Vorschläge des Bundesrats ignorieren.

Wenn die Länder mit derselben Tatkraft und Entschlossenheit in die Pflege investieren würden, mit der sie die privaten Heimbetreiber dämonisieren, hätten wir nicht diese Versorgungsengpässe in der Pflege. Bisher rauschten wir ungebremst in die Versorgungskatastrophe, jetzt geben die Länder auch noch Vollgas.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Andrea Renatus
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710 presse@arbeitgeberverband-pflege.de
www.arbeitgeberverband-pflege.de

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.